



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

Teil II – Verordnungen

18. Jahrgang	Potsdam, den 16. Oktober 2007	Nummer 21
---------------------	--------------------------------------	------------------

Datum	Inhalt	Seite
4. 9.2007	Verordnung über die Errichtung von Landesfamilienkassen (Brandenburgische Landesfamilienkassenverordnung – BbgLFamKaV)	422
18. 9.2007	Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jackel“	422
26. 9.2007	Zweite Verordnung zur Änderung der Brandenburgischen Baugebührenordnung	424
26. 9.2007	Siebte Verordnung zur Übertragung der Befugnis für den Erlass von Rechtsverordnungen zur Festsetzung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten	425
1.10.2007	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr im Land Brandenburg	425

**Verordnung über die Errichtung
von Landesfamilienkassen
(Brandenburgische Landesfamilienkassen-
verordnung – BbgLFamKaV)**

Vom 4. September 2007

Auf Grund des § 5 Abs. 1 Nr. 11 Satz 7 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBl. I S. 846), der zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. Mai 2007 (BGBl. I S. 914, 922) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen im Bereich der Finanzverwaltung auf den Minister der Finanzen vom 23. August 1991 (GVBl. S. 390), der durch Verordnung vom 22. Juni 2007 (GVBl. II S. 150) geändert worden ist, verordnet der Minister der Finanzen:

§ 1

Errichtung von Landesfamilienkassen

(1) Zu Landesfamilienkassen werden bestimmt:

1. die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg mit Sitz in Cottbus,
2. der Kommunale Versorgungsverband Brandenburg mit Sitz in Gransee.

(2) Die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg mit Sitz in Cottbus kann als Landesfamilienkasse die Aufgaben nach § 72 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes wahrnehmen, soweit ihr diese Aufgaben von Körperschaften, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen des Landes Brandenburg oder gemeinsamer vergleichbarer Einrichtungen mit dem Land Berlin übertragen werden.

(3) Der Kommunale Versorgungsverband Brandenburg mit Sitz in Gransee kann als Landesfamilienkasse die Aufgaben nach § 72 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes wahrnehmen, soweit ihm diese Aufgaben von einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer sonstigen kommunalen Körperschaft, kommunalen Anstalt oder kommunalen Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz im Gebiet des Landes Brandenburg übertragen werden.

§ 2

Verfahren

(1) Die Übertragung der Aufgaben erfolgt durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der übertragenden Familienkasse und der jeweiligen Landesfamilienkasse. In dem Vertrag ist auch die Kostentragung zu regeln.

(2) Die jeweilige Landesfamilienkasse tritt in die Rechtsstellung der übertragenden Familienkasse ein.

(3) Die übertragende Familienkasse zeigt die Übertragung der

Aufgaben den betroffenen Kindergeldberechtigten sowie dem Bundeszentralamt für Steuern an.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 4. September 2007

Der Minister der Finanzen

Rainer Speer

**Verordnung zur Änderung der Verordnung
über das Naturschutzgebiet „Jackel“**

Vom 18. September 2007

Auf Grund des § 21 Abs. 1 in Verbindung mit § 19 Abs. 1 und 2 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2004 (GVBl. I S. 350) verordnet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz:

Artikel 1

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jackel“ vom 29. Mai 2002 (GVBl. II S. 398) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Eine Kartenskizze zur Orientierung über die Lage des Naturschutzgebietes ist dieser Verordnung als Anlage 1 beigelegt.“

b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Darüber hinaus ist dieser Verordnung zur Orientierung über die betroffenen Grundstücke eine Flurstücksliste als Anlage 2 beigelegt.“

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Sätze 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:

„Die Grenze des Naturschutzgebietes ist in den in Anlage 3 Nr. 1, 2 und 3 dieser Verordnung aufgeführten Karten mit ununterbrochener roter Linie eingezeichnet; als Grenze gilt der innere Rand die-

ser Linie. Die in Anlage 3 Nr. 1 dieser Verordnung aufgeführte topografische Karte im Maßstab 1 : 50 000 dient der räumlichen Einordnung des Naturschutzgebietes. Die Verortung im Gelände ermöglichen die in Anlage 3 Nr. 2 aufgeführten zwei topografischen Karten im Maßstab 1 : 10 000. Maßgeblich für den Grenzverlauf des Naturschutzgebietes ist die Einzeichnung in den in Anlage 3 Nr. 3 aufgeführten fünf Flurkarten.“

bb) Die Sätze 6 bis 8 werden wie folgt gefasst:

„Die Grenze des Totalreservats ist in den in Anlage 3 Nr. 2 aufgeführten zwei topografischen Karten im Maßstab 1 : 10 000 und in den in Anlage 3 Nr. 3 unter den laufenden Nummern 2 und 3 aufgeführten Flurkarten mit ununterbrochener roter Linie

eingezeichnet; als Grenze gilt der innere Rand dieser Linie. Maßgeblich für den Grenzverlauf des Totalreservats ist die Einzeichnung in den in Anlage 3 Nr. 3 unter den laufenden Nummern 2 und 3 aufgeführten Flurkarten.“

2. In der als Anlage zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jackel“ vom 29. Mai 2002 (GVBl. II S. 398) beigefügten Kartenskizze wird das Wort „Anlage“ durch die Angabe „Anlage 1 (zu § 2 Abs. 1)“ ersetzt.
3. Die als Anlage zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jackel“ vom 29. Mai 2002 (GVBl. II S. 398) beigefügte Flurstücksliste erhält die Überschrift „Anlage 2 (zu § 2 Abs. 1)“.
4. Nach Anlage 2 wird folgende Anlage 3 angefügt:

„Anlage 3

(zu § 2 Abs. 2)

1. Topografische Karte im Maßstab 1 : 50 000

Titel: Anlage zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jackel“	
Kartenblatt	Unterzeichnung
L 3136	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR), am 29. Mai 2002

2. Topografische Karten im Maßstab 1 : 10 000

Titel: Anlage zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jackel“	
Kartenblatt	Unterzeichnung
3037-NO	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des MLUR, am 29. Mai 2002
3037-NW	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des MLUR, am 29. Mai 2002

3. Flurkarten

Titel: Anlage zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jackel“				
lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Maßstab 1 :	Unterzeichnung
1	Groß Lüben	4	3 000	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des MLUR, am 29. Mai 2002
2	Groß Lüben	5	2 500	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des MLUR, am 29. Mai 2002
3	Groß Lüben	6	2 500	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des MLUR, am 29. Mai 2002
4	Groß Lüben	7	2 500	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des MLUR, am 29. Mai 2002
5	Groß Lüben	8	2 500	unterzeichnet von der Siegelverwahrerin, Siegelnummer 39 des MLUR, am 29. Mai 2002

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 18. September 2007

Der Minister für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Dietmar Woidke

**Zweite Verordnung zur Änderung
der Brandenburgischen Baugebührenordnung**

Vom 26. September 2007

Auf Grund des § 2 Abs. 2, des § 8 Abs. 4 und des § 15 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg vom 18. Oktober 1991 (GVBl. S. 452) verordnet der Minister für Infrastruktur und Raumordnung im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen:

Artikel 1

Die Brandenburgische Baugebührenordnung vom 1. September 2003 (GVBl. II S. 524), geändert durch die Verordnung vom 5. Januar 2007 (GVBl. II S. 24), wird wie folgt geändert:

Die Tarifstelle 7.4 der Anlage 1 wird wie folgt gefasst:

7.4	Gutachten zur Feststellung der besonderen Sachkunde als Prüfungsverständiger (§ 8 Abs. 4 BbgPrüfSV)		
7.4.1	Bewertung der Referenzprojekte	eine Fachrichtung	600
		je weitere Fachrichtung	400
7.4.2	Bewertung der schriftlich dargelegten Fachkenntnisse	eine Fachrichtung	600
		je weitere Fachrichtung	400
7.4.3	Bewertung der mündlich und praktisch dargelegten Fachkenntnisse	eine Fachrichtung	600
		je weitere Fachrichtung	400

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 26. September 2007

Der Minister für Infrastruktur und Raumordnung

Reinhold Dellmann

**Siebte Verordnung zur Übertragung der Befugnis
für den Erlass von Rechtsverordnungen
zur Festsetzung von Naturschutzgebieten
und Landschaftsschutzgebieten**

Vom 26. September 2007

Auf Grund des § 9 Abs. 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 186) in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Satz 3 und § 22 Abs. 2 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2004 (GVBl. I S. 350) verordnet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz:

§ 1

Die Befugnis des für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Fachministers zum Erlass von Rechtsverordnungen zur Festsetzung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten nach § 21 Abs. 1 und § 22 Abs. 2 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes wird

1. für das im Landkreis Oberspreewald-Lausitz geplante Naturschutzgebiet „Sorno-Rosendorfer-Buchten“ auf den Landkreis Oberspreewald-Lausitz als untere Naturschutzbehörde,
2. für das im Landkreis Prignitz geplante Landschaftsschutzgebiet „Osargebiet bei Perleberg“ auf den Landkreis Prignitz als untere Naturschutzbehörde

übertragen.

§ 2

(1) § 1 Abs. 1 Nr. 8 Buchstabe d der Ersten Verordnung zur Übertragung der Befugnis für den Erlass von Rechtsverordnungen zur Festsetzung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten vom 8. Januar 1996 (GVBl. II S. 51), die zuletzt durch Verordnung vom 30. Juni 2005 (GVBl. II S. 410) geändert worden ist, wird aufgehoben.

(2) § 1 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c der Vierten Verordnung zur Übertragung der Befugnis für den Erlass von Rechtsverordnungen zur Festsetzung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten vom 15. September 1999 (GVBl. II S. 514) wird aufgehoben.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 26. September 2007

Der Minister für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Dietmar Woidke

**Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung
über den elektronischen Rechtsverkehr
im Land Brandenburg**

Vom 1. Oktober 2007

Auf Grund des § 65a Abs. 1 Satz 1 und 2 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), der durch Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837, 846) eingefügt worden ist, in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 38 der Justiz-Zuständigkeitsübertragungsverordnung verordnet die Ministerin der Justiz:

Artikel 1

Die Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr im Land Brandenburg vom 14. Dezember 2006 (GVBl. II S. 558), geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2007 (GVBl. II S. 137), wird wie folgt geändert:

Die Anlage wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 30 wird folgende Nummer 31 mit den dazugehörigen Angaben eingefügt:

„ 31	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg	alle Verfahren	01.11.2007	„
------	--	----------------	------------	---

2. Die bisherigen Nummern 31 bis 45 mit den dazugehörigen Angaben werden die Nummern 32 bis 46 und wie folgt gefasst:

„ 32	Sozialgericht Cottbus	alle Verfahren	01.07.2007	„
33	Sozialgericht Frankfurt (Oder)	alle Verfahren	01.07.2007	
34	Sozialgericht Neuruppin	alle Verfahren	01.01.2007	
35	Sozialgericht Potsdam	alle Verfahren	01.05.2007	
36	Finanzgericht Berlin-Brandenburg	alle Verfahren	01.01.2007	
37	Arbeitsgericht Brandenburg	alle Verfahren	01.07.2007	
38	Arbeitsgericht Cottbus	alle Verfahren	01.07.2007	
39	Arbeitsgericht Eberswalde	alle Verfahren	01.09.2007	
40	Arbeitsgericht Frankfurt (Oder)	alle Verfahren	01.09.2007	
41	Arbeitsgericht Neuruppin	alle Verfahren	01.09.2007	
42	Arbeitsgericht Potsdam	alle Verfahren	01.07.2007	
43	Arbeitsgericht Senftenberg	alle Verfahren	01.09.2007	
44	Verwaltungsgericht Cottbus	alle Verfahren	01.05.2007	
45	Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)	alle Verfahren	01.05.2007	
46	Verwaltungsgericht Potsdam	alle Verfahren	01.05.2007	

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. November 2007 in Kraft.

Potsdam, den 1. Oktober 2007

Die Ministerin der Justiz

Beate Blechinger

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

428

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II – Nr. 21 vom 16. Oktober 2007

Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 46,02 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24–25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon Potsdam (03 31) 56 89 - 0